

EG- und Internationales Umweltrecht

Schwarze, Jürgen (Hrsg.)

EU-Kommentar

2009, 2. Aufl., 2734 S., 198,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-2847-6

Die Neuauflage gibt umfassend über das geltende europäische Recht Auskunft und bezieht durchgängig in Form einer Gegenüberstellung die Regelungen des Vertrags von Lissabon ein.

Die komplett überarbeitete 2. Auflage kommentiert die praxisrelevanten Bereiche des Europarechts, wie Binnenmarkt, Wettbewerbsrecht, Vergaberecht und Grundfreiheiten; bezieht dabei in ihrer Bedeutung gewachsene Gebiete wie das Umwelt-, Verbraucherschutz- sowie das Steuerrecht mit ein und berücksichtigt die für den Rechtsschutz notwendigen Regeln und praktischen Hinweise des Europäischen Gerichtshofes. Die im Vertrag von Lissabon integrierte – aber bereits jetzt von den Gemeinschaftsgerichten herangezogene – Grundrechte-Charta ist mit kommentiert.

Recht der UVP / SUP

Sinner, Wolfgang/Gassner, Ulrich M./Hartlik, Joachim

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) – Strategische Umweltprüfung (SUP), Erläuterungswerk

2009, Loseblattausgabe, 59,- €, Kommunal- und Schul-Verlag, ISBN 978-3-8293-0541-9

Umweltrechtliche Zulassungsverfahren gewinnen immer mehr an Bedeutung; gleichzeitig gelten sie als kompliziert, langwierig und teuer. Die beteiligten staatlichen und kommunalen Stellen sehen sich einer komplexen Aufgabenstellung im Spannungsfeld zwischen Vorhabenträger, Politik und öffentlicher Meinung gegenüber. Praxisorientierte Handlungsanleitungen sind gefragt wie nie zuvor. Die Praxis-Ausgabe hat es sich zur Aufgabe gemacht, die mit diesen Themen befassten Stellen und Personen mit den jeweils neuen Regelungen vertraut zu machen, auftretende Fragen zu beantworten und Problemfälle zu lösen. Den Anforderungen der Praxis entsprechend enthält die Ausgabe: detaillierte Ausführungen zur Bearbeitung umweltrechtlicher Zulassungsverfahren für Projekte, Pläne und Programme, Hinweise zu fachlichen, gesetzlichen und technischen Fragen oder Regelungen, Erläuterungen zu den Methoden der Umweltfolgenabschätzung aus Gutachtersicht, Rechtsquellen oder Rechtsprechung, Verwaltungsvorschriften und -erlasse.

Klimaschutz- und Energierecht

Schumacher, Pascal

Innovationsregulierung im Recht der netzgebundenen Elektrizitätswirtschaft

2009, 429 S., 98,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4955-6

Innovationen sind das Lebenselixier unserer rohstoff- und kinderarmen Gesellschaft. Insbesondere der Energiesektor ist angesichts der ökologischen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit auf sie angewiesen. Der Autor untersucht, inwieweit elektrizitätsnetzbezogene Regulierungsmechanismen Innovationen fördern oder abbremsen, lenken oder einfach zulassen. Dies erfolgt in drei Schritten: Vor einem innovationstheoretischen Hintergrund werden die nationalen und europarechtlichen Instrumente kategorisiert und bewertet. Sodann wird das institutionelle Gefüge im Energiewirtschaftsrecht unter diesem Aspekt analysiert. Schließlich wird der Innovationsbegriff, der jüngst im Zielkanon sektorspezifischer Gesetze verankert wurde, für das Energierecht rechtsdogmatisch aufgearbeitet.

Milkau, Alexander

Ansätze zur Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt – Eine rechtliche Bewertung der EEWärmeG und der alternativen Fördermodelle

2009, 305 S., 74,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4969-3

Sowohl durch das zum 1.1.2009 in Kraft getretene EEWärmeG des Bundes als auch durch das seit dem Jahr 2008 existierende baden-württembergische EWärmeG soll aus Gründen des Klimaschutzes und zur Schonung fossiler Ressourcen der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch zur Erzeugung von Wärme gefördert werden. Beide Gesetze greifen auf den ordnungsrechtlichen Ansatz einer Nutzungspflicht zurück, der beim Bundesgesetz noch durch eine Subventionierung des Einsatzes erneuerbarer Energien ergänzt wird. Der Autor stellt diese und die übrigen im Gesetzgebungsverfahren diskutierten Förderansätze in ihrer Funktionsweise dar und unterzieht sie anschließend einer Untersuchung im Hinblick auf ihre rechtliche Umsetzbarkeit und ihre funktionelle Wirksamkeit. Schwerpunkte dieser Untersuchung sind dabei die Problematik der Gesetzgebungskompetenz sowie die Frage der Vereinbarkeit der einzelnen Fördermodelle mit dem formellen und materiellen nationalen Verfassungsrecht und den Vorgaben des Europarechts. Die Ansätze des EEWärmeG und des EWärmeG

werden kritisch hinterfragt, Chancen und Schwächen dieser Fördermodelle erörtert und Alternativen für zukünftige Fördergesetze aufgezeigt.

Beckermann, Alina

Der Grundversorger in der Insolvenz – Vereinbarkeit von Versorgungssicherheit und Gläubigerbefriedigung

2009, 265 S., 69,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4187-1

Nach der Liberalisierung des Energiemarktes müssen sich die auf der Vertriebssebene tätigen Energieversorgungsunternehmen dem Wettbewerb mit anderen Lieferanten stellen, womit die Wahrscheinlichkeit der Insolvenz dieser Unternehmen steigt. Die Autorin widmet sich der Untersuchung der mit der Insolvenzeröffnung über das Vermögen eines Grundversorgers zusammenhängenden rechtlichen Fragen. Ausgehend von den veränderten Rahmenbedingungen wird zunächst die Reichweite der den Grundversorger gem. §§ 36, 38 EnWG treffenden Grund- und Ersatzversorgungspflichten erörtert. Einen Kernpunkt der Untersuchung bildet die Frage des Fortbestandes dieser Pflichten auch nach der Insolvenzeröffnung. Abschließend wird die Vereinbarkeit von Versorgungssicherheit und Gläubigerbefriedigung im Insolvenzverfahren anhand der Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Befriedigung der aus §§ 36 (i.V.m. StromGKV), 38 EnWG resultierenden Ansprüche einerseits und der §§ 36, 38 EnWG auf das Ziel der bestmöglichen Gläubigerbefriedigung andererseits analysiert.

Kahle, Christian

Die Elektrizitätsversorgung zwischen Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit

2009, 420 S., 89,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4441-4

Auch nach Inkrafttreten des novellierten Energiewirtschaftsgesetzes 2005 stellt die sichere und umweltverträgliche Energieversorgung eines der Ziele des Gesetzes dar. Dabei handelt es sich bei der Gewährleistung dieser Ziele um eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Zu der Sicherheit der Energieversorgung zählt die Versorgungssicherheit, d.h. die jederzeitige, auch künftig unterbrechungsfreie Bereitstellung von Energie in einer den Bedarf deckenden Menge bei gleichzeitiger Minimierung der Import- und Infrastrukturrisiken. Das Ziel der Versorgungssicherheit steht dabei auch im Konflikt mit dem Ziel der Umweltverträglichkeit. Ob und wie das geltende Recht

in der Lage ist, mögliche Konflikte zu lösen, ist Gegenstand des Bandes. Der Autor stellt zunächst die Auswirkungen der Elektrizitätsversorgung auf die Umwelt sowie die Versorgungssituation dar, um im Anschluss die Begriffe der »Versorgungssicherheit« und der »Umweltverträglichkeit« einer Präzisierung zuzuführen. Schwerpunkt der Arbeit bildet die Untersuchung des geltenden Rechts hinsichtlich der Fähigkeit, Konflikte zwischen diesen Zielen zu bewältigen. In einem Ausblick werden Instrumente zur Behebung von Defiziten des geltenden Rechts erörtert.

Wulf, Sabrina

Smart Metering und die Liberalisierung des Messwesens – Rechtliche Rahmenbedingungen zur Schaffung von Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt

2009, 125 S., 28,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4517-6

Die Bundesregierung hat im Herbst 2008 ein Gesetzespaket verabschiedet, das das Messwesen einem erneuten Umbruch zuführt – seiner Liberalisierung. Ziel ist es, den Wettbewerb im Messwesen einzuführen und zu beleben. Ebenso sollen neue Messgeräte (Smart Meter) gefördert werden. Doch was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Soll doch der verstärkte Einsatz der intelligenten Zähler ein Instrument zur Energieeffizienzsteigerung und der Erschließung noch ungenutzter Energieeffizienzpotentiale sein, so die Bundesregierung in ihrem integrierten Energie- und Klimaprogramm. Aber was soll die Marktöffnung im Messwesen bewirken und wurden die Chancen, die der Wettbewerb im Messwesen und die Verbreitung von Smart Metering bieten, tatsächlich optimal im Gesetzespaket genutzt? Neben einer kurzen Einführung in die energiepolitischen und -wirtschaftlichen Zusammenhänge erfolgt eine Analyse und Bewertung der einschlägigen Liberalisierungsregelungen. Die Frage nach der Angemessenheit der Ausgestaltung wird dabei ebenso behandelt, wie die Klärung der Rechte und Pflichten, die sich im neuen Marktumfeld für alle Beteiligten – Netzbetreiber, neue Anbieter, aber auch Mieter wie Vermieter – ergeben.

Buchmann, Felix

Kommunale Energieversorgungsunternehmen in der Krise

2009, 272 S., 64,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4212-0

Die herausfordernde Aufgabe, den Energiemarkt zu liberalisieren und dem Wettbewerb zu öffnen, hat die kommunalen Energieversorger in Deutschland, die historisch bedingt über Jahrzehnte gewachsen sind, kaum berücksichtigt. Viele Stadtwer-

ke bewegen sich mit Ihren Mitteln, wettbewerbsfähig zu bleiben, in einer juristischen Grauzone zwischen Wettbewerbspostulat und kommunalrechtlichen Beschränkungen. Hier besteht politischer Handlungsbedarf, wobei u.a. die Bedeutung der Stadtwerke für die lokale soziale Infrastruktur mit dem Erreichen eines unverfälschten Energiemarktes abgewogen werden muss. Geraten kommunale EVU neben oder sogar aufgrund dieser »Legitimationskrise« in eine wirtschaftliche Schieflage, so ist fraglich, ob und wie eine staatliche Rettung in Betracht kommt. Die Verantwortung des Staates ist in der Zeit einer der schwersten Finanzkrisen der Weltwirtschaft ein hoch umstrittenes Thema. Zu berücksichtigen ist, dass es der Staat ist, der eine sichere Energieversorgung garantieren muss, wobei Grundversorgung und sozialstaatliche Verantwortung mit dem europäischen Beihilfenrecht zu vereinbaren sind. Die Arbeit regt an, die Entwicklungen in der kommunalen Energiewirtschaft zu überdenken.

Atomrecht

Hoppenbrock, Volker

Finanzierung der nuklearen Entsorgung und der Stilllegung von Kernkraftwerken – Ein Vergleich zwischen der Rechtslage in Deutschland und der Schweiz

2009, 237 S., 59,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4238-0

Die nukleare Entsorgung und die Stilllegung von Kernkraftwerken ist nicht nur eine technische, sondern auch eine finanzielle Herausforderung. Die hohen Kosten und der lange Zeitraum, über den sich die notwendigen Stilllegungs- und Entsorgungsmaßnahmen erstrecken, stellen besondere Anforderungen an die finanzielle Vorsorge. Dieses Buch analysiert die gesetzlichen Vorschriften, nach denen in Deutschland und der Schweiz finanzielle Vorsorge für die Stilllegung und Entsorgung betrieben wird, da diese beiden Länder unterschiedliche Wege gewählt haben, die weltweit exemplarisch für die unterschiedliche Herangehensweise an dieses Problem sind. In Deutschland basiert die Finanzierungsvorsorge auf einer unternehmensinternen Lösung durch die Bildung von Rückstellungen bei den kernkraftwerkbetreibenden Unternehmen. Diese Art der Finanzierungsvorsorge führt zu erheblichen Wettbewerbsvorteilen zugunsten der Kernkraftwerkbetreiber. Inwiefern diese mit dem nationalen und dem europäischen Recht vereinbar sind, bildet einen Schwerpunkt dieses Buchs. Ein anderer Schwerpunkt ist der Vergleich mit dem unternehmensexternen Finanzierungssystem, das die Schweiz zur Finanzierungsvorsorge gewählt hat.

Schmidt-Preuß, Matthias (Hrsg.)

Deutscher Atomrechtstag 2008

2009, 264 S., 68,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4368-4

Im Mittelpunkt des Deutschen Atomrechtstages vom 4./5.12.2008 standen, nach einer ökonomischen Analyse der Kernenergie und ihrer Standortbestimmung im internationalen Kontext, die Fortschreibung des atomrechtlichen Anlagen-Sicherheitsreglements (sog. »Module«) und die Neuformulierung der Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung radioaktiver Abfälle. Hierzu wurden die jüngsten Vorschläge des BMU eingehend erörtert. Ebenso ging es um Probleme der Rechtsetzung und der Implementierung eines neuen Kerntechnischen Regelwerks. Im Fokus der juristischen Analyse standen die beiden neuen atomrechtlichen Grundsatzentscheidungen des BVerwG zum Schutz vor terroristischen Risiken und zur Reichweite von Auflagen, ferner verfassungsrechtliche Fragen der Durchsetzung von Regelwerken. Der Internationalisierung des Atomrechts widmeten sich die Beiträge zur Lage im Vereinigten Königreich, in Schweden und der Schweiz sowie zu den WENRA-reference levels. Auch die neue EURATOM-Anlagensicherheits-Richtlinie und multilaterale Vorgaben kamen zur Sprache. Abschließend wandte sich der Blick auf den Stellenwert der Entsorgung im Rahmen der Energiepolitik.

Mann, Thomas

Rechtsfragen der Elektrizitätsmengenübertragung nach § 7 Abs. 1b Satz 2 Atomgesetz

2009, 125 S., 34,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-4578-7

Mit den Vorschriften über den Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Kernenergie ist auch die Möglichkeit einer Elektrizitätsmengenübertragung im Atomgesetz verankert worden. Die für eine Übertragung solcher Elektrizitätsmengen von neueren auf ältere Kraftwerke maßgebliche Vorschrift erweist sich jedoch als eine in Normstruktur und Entscheidungsprogramm rechtlich komplexe und normativ nicht hinreichend determinierte Bestimmung. Die Untersuchung erörtert eingehend ihre rechtlichen Voraussetzungen und Grenzen, wobei das besondere Augenmerk dabei den materiellen Entscheidungskriterien, den formalen Beteiligungsrechten oberster Bundesbehörden und der Frage gilt, ob auf der Rechtsfolgenrechte eine gebundene Entscheidung vorgesehen oder ein Ermessen eröffnet ist.